

SO sehen wir es

Herausgeberin: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil
Erscheint sechsmal jährlich
Preis: Einzelnummer Fr. 3.-, Jahresabonnement Fr. 12.-
Nummer 1/92, Februar 1992

SP

Garantiertes Mindesteinkommen für alle?

Zum Thema "Wege zu einer neuen Gesundheits- und Sozialpolitik" hat die SP des Kantons Zürich eine Diskussion ausgelöst, welche die intensive Auseinandersetzung mit Ideen zu diesem Problemkreis ermöglichen soll. Die SP Wädenswil beteiligt sich an der Meinungsbildung. Am 17. März 1992 veranstaltet sie eine öffentliche Parteiversammlung zum Thema "Garantiertes Mindesteinkommen für alle?"

1990 wurde am Parteitag der SPS folgender Antrag gestellt: "Die SPS hat eine Volksinitiative zur Einführung des verfassungsmässigen Grundrechts auf ein gesichertes Existenzminimum zu lancieren." Daraufhin fasste der Parteitag den Beschluss, innert zwei Jahren eine solche Vorlage auszuarbeiten. Auf dieser Grundlage sollte der Parteitag dann entscheiden, ob eine entsprechende Initiative lanciert werden könne.

Seit Juli 1990 befasst sich eine Arbeitsgruppe der sozialpolitischen Kommission mit dem Phänomen der (alten und sogenannten neuen) Armut in der Schweiz sowie mit den im In- und Ausland diskutierten und z. T. bereits erprobten Modellen eines garantierten Mindesteinkommens (GME). Aufgrund struktureller Veränderungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art einerseits, aber auch durch die Enttabuisierung des Themas Armut andererseits sehen sich immer mehr sozialpolitisch engagierte Leute gezwungen, konkrete Schritte zur Linderung solcher Probleme zu unternehmen.

Das GME soll als wirksames Rezept gegen die neue Armut eingesetzt werden. Zudem kann es als Mittel zur ökologischen Umgestaltung unserer Gesellschaft und beispielsweise zur Honorierung der vor allem durch Frauen geleisteten Betreuungsarbeit eingesetzt werden. Ferner kann es als Ergänzung zur oder als Ersatz für die beste-

henden Sozialversicherungen dienen.

Ein Modell mit Varianten

Auf welche Weise ein GME geschaffen werden kann, darüber gibt es vor derhand noch sehr viele verschiedene Meinungen. Die Arbeitsgruppe stellt ein Modell mit je zwei Varianten hinsichtlich der Anspruchsberechtigung und der Höhe des GME zur Diskussion:

1. Die Anreiz-Variante: Alle sind anspruchsberechtigt. Die Teilnahme am Erwerbsleben wird gefördert, weil nur ein Teil des Erwerbseinkommens angerechnet wird.
2. Die Katalog-Variante: Alle sind anspruchsberechtigt, wenn sie eine in einem Katalog aufgeführte, gesellschaftlich notwendige Tätigkeit ausüben, bzw. nicht arbeiten können (Erwerbstätigkeit, Betreuungsarbeit, Aus- und Weiterbildung).

Es bestehen auch Varianten hinsichtlich der GME-Höhe:

1. Die ILO-Variante (Internationale Arbeitsorganisation): Aufstockung des autonomen Einkommens auf die ILO-Armutsgränze, d.h. gegenwärtig rund Fr. 25'000.- für einen Einpersonenhaushalt.
2. Die EL-Variante (Ergänzungsleistungen): Aufstockung des autonomen Einkommens auf die Höhe des Mindesteinkommens, welches durch die Ergänzungsleistungen AHV/IV erreicht werden soll. Ein ähnlich hoher Betrag wie bei Variante 1, jedoch nach



individuellem Bedarf errechnet. Die Gesamtkosten würden sich laut Schätzungen für beide Varianten auf rund 0,7 Prozent des Brutto-sozialprodukts belaufen. Die Finanzierung soll über die Besteuerung gewährleistet werden.

Diskussion in den Sektionen

An der Wädenswiler Parteiversammlung wird Hans-Jakob Mosimann vom VPOD Zürich detaillierter auf die beiden GME-Modelle eingehen. Wie bereits erwähnt dient die Veranstaltung aber nicht nur der Information, sondern soll vor allem Gelegenheit zum Meinungs austausch über die vorgelegten Ideen und Konzepte geben. Die Einbringung konkreter Aenderungsvorschläge und eine grundsätzliche Stellungnahme der SP-Sektion Wädenswil setzen wir uns als Ziel.

Peter Montigel

Bobby Neukomm im Gespräch

An der Parteiversammlung vom 6. Februar 92 stand die aktuelle Drogenpolitik zur Debatte. Mehr als 70 Personen verfolgten die Ausführungen des Zürcher Stadtrats und Polizeivorstandes Robert Neukomm (SP) und seines Wädenswiler Amtskollegen Ernst Hitz (SVP).

Unter der Leitung von Sepp Dorfschmid äusserte sich in der Diskussion auch eine betroffene Mutter, und Claire Linnekogel-Rometsch gab als SP-Vertreterin in der Wädenswiler Sozialbehörde Auskunft über die ersten Erfahrungen mit der Notschlafstelle „Schärme“.

Ein meist verdrängtes aber zentrales Problem unserer Gesellschaft zum Gegenstand einer öffentlichen Debatte zu machen braucht Mut. Dass ein echtes und weitverbreitetes Bedürfnis zum Gespräch in der Bevölkerung vorhanden ist, zeigten die vielen Fragen und die intensive Beteiligung der Anwesenden. Viele spürten im Verlauf des Abends immer deutlicher, dass sie der Problematik nicht hoffnungslos alleine gegenüberstehen, sondern dass sich neue Möglichkeiten für aktive Solidarität mit Opfern, Betroffenen und Behörden erschliessen. Eine wahrhaft vertrauensbildende Veranstaltung also!

Bobby Neukomm, welche Bedürfnisse sind in der Szene eigentlich vorhanden?

In erster Linie brauchen die Drogenkonsumentinnen und -konsumenten natürlich ihren „Stoff“. Dieser Konsum kann ganz unterschiedlich gross sein; der eine braucht einmal täglich Heroin, der andere zehnmal. Beim Gebrauch legaler Konsumgüter haben

auch wir alle unsere individuellen Gewohnheiten.

Das zweite Bedürfnis richtet sich auf Notschlafstellen, die eine minimale soziale und medizinische Betreuung ermöglichen. Ein niederschwelliges, flankierendes Therapieangebot gibt Entzugswilligen auf freiwilliger Basis eine echte Chance. Die aktuellsten Tendenzen gehen in Richtung begleitetes Wohnen.

Aidsprävention und Spritzenabgabe sowie das Arbeitsangebot im Job-Bus befriedigen schliesslich weitere Grundbedürfnisse der Konsumentinnen und Konsumenten.

Wo liegt Deiner Ansicht nach der Kern des Problems?

Wir müssten dazu länger über das Suchtverhalten und die Konsumgewohnheiten in unserer Gesellschaft sprechen. Wir betreiben heute vor allem Ordnungspolitik, nicht echte Drogenpolitik. Was ich besonders bedaure, ist die gegenwärtige Unmöglichkeit, Drogen kontrolliert an Süchtige abgeben zu können. Hier müssten die Bundesbehörden aktiv werden.

Welche Ziele verfolgt der Zürcher Stadtrat in der Drogenproblematik?

Unser erstes Ziel ist die Ueberführung der konzentrierten offenen Szene in dezentralisierte verdeckte Szenen. Der kriminelle Grosshandel muss verunsichert und möglichst unterbunden werden. Ein tragfähiges Netz von Tagesstrukturen und ein niederschwelliges Therapieangebot sollen den Abhängigen gleichzeitig den Ausstieg aus der Droge ermöglichen. Mit dem Job-Bus helfen wir ihnen dabei, ihren Lebensunterhalt normal verdienen zu können.

Welche Konsequenzen erwachsen daraus für die Agglomerationsgemeinden?

Die Landgemeinden müssen endlich auch etwas leisten. Kritisieren und scheinbare Patentrezepte abgeben

reicht jetzt nicht mehr! Während Jahren hat die Stadt Zürich die Probleme der Landschaft übernommen, obwohl das Problem von allen klar erkannt worden war. Die Stadt Zürich wendet beispielsweise Dutzende von Millionen für polizeiliche und sozialpolitische Massnahmen im Umfeld der Drogenproblematik auf, welche eigentlich von den Gemeinden getragen werden müssten. Wir kommen nicht darum herum, die Stadt Zürich davon zu entlasten.

Welche Erfahrungen kannst Du an die Landgemeinden weitergeben?

Die Zulassung einer offenen Szene kann ich keiner Gemeinde empfehlen. Die Erfahrungen daraus sind für alle Beteiligten schmerzlich. Niemand gewinnt dabei, ausser die Drogenhändler. Eine verstärkte Polizeipräsenz kann ich hingegen nur empfehlen. Sie kann wesentlich zu einem verstärkten Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung beitragen. Dieses wiederum ist die Voraussetzung für eine sachliche Diskussion und damit für konstruktive Lösungsinisiativen. Verängstigte Bürgerinnen und Bürger suchen in der Regel nicht nach Ursachen, sondern „klopfen Sprüche“ am Wirtshaustisch.

Das Gespräch führte Willy Rüegg

Es kommt böse...

...wenn sogar die Bauern auf die Barrikaden gehen! Bei der Bauern-Demo in Bern wurde ein Portal des Bundeshauses gestürmt, während ein SVP-Politiker markige Sprüche gegen EG und GATT klopfte. Wären dies linke Demonstranten gewesen, wie hätte die Polizei da eingegriffen?

Offenbar kennen die Bauern ihre wahren Interessenvertreter nicht. Bauernverband und bürgerliche Politiker haben den Bauernstand in dieses Schlammassel von Abhängigkeiten geritten und dabei den Mythos des „freien Bauernunternehmers“ kräftig genährt. Die EG hingegen ist absolut unschuldig daran. Sie wehrt sich selber (und damit auch für die Schweizer Bauern) gegen die Liberalisierungsforderungen der USA, die im GATT tonangebend sind. Wann erkennen die Bauern, dass sie nur noch „Blochers Manipulermasse“ sind?

Julia Gerber Rüegg

S ä n g e r b u n d W ä d e n s w i l

1992 feiern wir unser 100jähriges Bestehen. Doch es fehlen uns noch Stimmen, die kräftig mitsingen möchten. Bei meinem Eintritt in den Sängerbund vor 42 Jahren waren es 70 Mitglieder, jetzt sind es weniger als 20. Wer diesen traditionsreichen Arbeiter-Verein mit uns zusammen in die Zukunft tragen möchte, melde sich bei mir.

Julie Thalmann

Claire Linnekogel-Rometsch

Claire, Du hast als SP-Vertreterin in der Sozialbehörde direkt mit den gemeindeeigenen Einrichtungen für „Sozial Randständige“ zu tun. Was hat Dir der heutige Abend gebracht?

Mir persönlich hat diese Veranstaltung viel gebracht, weil ich den Weg für eine sinnvolle Weiterarbeit suchen muss. Das Vakuum, das sich für Ende April abzeichnet, ist für mich sehr schwer zu verkraften.

Wie geht es denn weiter mit dem Wädenswiler „Schärme“?

Es wird meines Erachtens überhaupt nicht weitergehen! Die Erfahrungen werden im Mai auszuwerten sein, ohne dass bis jetzt konkrete Folgemaßnahmen vorgesehen wären. Wenn wir Bürgerinnen und Bürger von der Gemeinde erwarten, dass sie aktiv wird, so machen wir uns Illusionen; denn angesichts der herrschenden und noch zunehmenden Not ist die Gemeinde viel zu schwerfällig.

Du setzt also auf die Privatinitiative?

Klar. Beim Drop-in oder beim Job-Bus erwarte ich, dass der Bezirk etwas unternimmt. Aber die ganz elementaren Einrichtungen müssen rasch eröffnet werden - und zwar dort, wo der Bedarf besteht. Ein Verein kann das. Wenn jedoch die Gemeinde im April unsere Notschlafstelle zumacht, so habe ich als Mitglied der Betriebsgruppe damit wahnsinnig Mühe!

Die Notschlafstelle müsste nicht nur weiterbetrieben, sondern Tagesstrukturen müssten zusätzlich geschaffen werden. Auch präventiv wirkende Massnahmen, wie beispielsweise die Anstellung eines Gassenarbeiters, sind noch nicht beschlossen worden, was ich ausserordentlich bedaure. Eine private Trägerschaft solcher Einrichtungen genösse zudem eine grössere Glaubwürdigkeit in der Szene.

Läuft schon etwas in dieser Richtung? Der Kristallisationskern ist geworfen. Wir möchten einen Verein gründen, der Geldmittel beschaffen und sinnvoll einsetzen darf, an den auch die Stadt einen gewissen Beitrag leisten könnte. Gerade die Betriebsgruppe für den „Schärme“ beweist, wie intensiv und

hervorragend die Zusammenarbeit mit dem städtischen Sozialdienst sein kann. Dieses Vorbild ruft einfach nach Nachahmung. Wir dürfen nicht warten, bis das dezentrale Drogenkonzept endlich greift. Der ordnungspolitische Auftrag, den die Polizei wahrnimmt, darf nicht die einzige Drogenpolitik in Wädenswil sein. Daneben müssen gesundheits- und sozialpolitische Massnahmen ergriffen und koordiniert werden.

Wie erklärst Du Dir, dass sich 130 freiwillige HelferInnen für Betreuungsaufgaben gemeldet haben, also eine erstaunlich grosse Zahl?

Die katholische Kirche in Wädenswil hat unsere Initiative ganz grossartig unterstützt und mitgetragen. Rund drei Viertel aller Helferinnen und Helfer stammen aus dieser Gemeinschaft. Altersmässig und sozial gehören sie

Verein Mittagstisch wächst

Seit den Sommerferien existiert in der Wädenswiler Adlerburg ein privater Mittagstisch. An Montagen und Dienstagen zwischen 10 und 14 Uhr verbringen hier bis zu 20 Schülerinnen und Schüler ihre Mittagspause. Betreut und verköstigt werden sie durch Mütter, die sich auf freiwilliger Basis im Verein Mittagstisch engagieren. Gegen eine Unkostenbeteiligung von 12 Franken steht der Mittagstisch allen Kindern offen.

Dass ein grosses Bedürfnis nach flexiblen Alternativen zum häuslichen Mittagstisch besteht, ist unbestritten. Kinder von Alleinerzieherinnen, Einzelkinder, aber auch beteiligte Mütter mit ihren Kindern geniessen es offensichtlich, ein- oder zweimal in der Woche in einer grösseren Gemeinschaft die Mittagszeit verbringen zu können. Neben der Verköstigung wird am Mittagstisch vor allem soziales Lernen grossgeschrieben.

Die Privatinitiative des Vereins ist umso lobenswerter, als von der Schulpflege in nächster Zeit wohl kaum eine Unterstützung zu erwarten ist. Eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich gegenwärtig mit der Ueberprüfung von Möglich-

DAZ

Ende Februar heisst es aus für das Volksrecht, es lebe DAZ! Die alte SP-Zeitung wird breiter abgestützt und rotgrün ausgerichtet. Eine sinnvolle Konzentration der Kräfte also.

Die bis Ende Jahr angestrebte Auflage von 7000 Exemplaren sollte jedenfalls zu erreichen sein.

Abonnenten und Inserenten sind willkommen!

Volksrecht

völlig unterschiedlichen Gruppen an, verbindend wirkt offenbar die Aufgeschlossenheit sozialen Anliegen gegenüber.

Das Gespräch führte Willy Rüegg

Impressum

Redaktion: Verena Schönholzer Bürchler,
Willy Rüegg, Hans Seitz
Gestaltung: Willy Rüegg

keiten für einen öffentlichen Mittagstisch, doch ist angesichts der herrschenden Skepsis und der sich abzeichnenden prekären Finanzlage ein positives Resultat wenig wahrscheinlich. Die herrschenden Mehrheitsverhältnisse in der Schulpflege versprechen zudem wenig Bereitschaft für Neuerungen in dieser Richtung. Wer sich aktiv beteiligen oder sein Kind teilnehmen lassen möchte, ist dazu herzlich eingeladen. Der Verein wächst...

Julia Gerber Rüegg

**Diesem SO liegt ein
Einzahlungsschein
bei. Bitte zahlen Sie
die ABO-Gebühr von
12 Franken für 1992
jetzt ein. Unsere Kas-
se ist Ihnen dafür
d a n k b a r !**

SP-Termine

Donnerstag, 17. März, 20.00 Uhr

Parteiversammlung zum Thema "garantiertes Mindesteinkommen" mit Hans-Jakob Mosimann, VPOD, Zürich.

Freitag, 10. April, 20.00 Uhr

Generalversammlung der SP Sektion Wädenswil, gemeinsames Abendessen um 19.00 Uhr, Volkshaus.

Offener Brief an Bundespräsident René Felber vom 16. Februar 1992

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Sie waren am 11. Februar 1992 auf Besuch bei Präsident Bush in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender im Ministerrat des Europarates. Wie ich der Presse entnehme, haben Sie - unter anderem - dem amerikanischen Präsidenten den schweizerischen Weg in die europäische Integration erläutert.

Ich bin geradezu neidisch auf den amerikanischen Präsidenten, denn uns Schweizern haben Sie diesen Weg noch nicht erklärt. Bei Ihrem Amstantritt als Bundesrat hatten Sie zwar weitgehende Information angekündigt, diese jedoch bald wieder eingestellt. Ich vermisste die Information zu den laufenden EWR-Verhandlungen und zum Vertragsinhalt. Anfänglich wurde der EWR-Vertrag vom Bundesrat als echte Alternative zu einem EG-Beitritt gehandelt. Warum ist er zu einer Vorstufe zum EG-Beitritt geworden? Welche Ueberlegungen des Bundesrates haben diesen Gesinnungswandel bewirkt? Soeben erfahren wir, dass der EWR-Vertrag bis März unter Dach sein wird; im Oktober 92 kommt er vor das Parlament und im Dezember 92 vor das Stimmvolk. Und wann, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sollen wir uns eine Meinung über den Inhalt des Vertrages bilden können?

Ob EWR-Vertrag oder EG-Beitritt, es handelt sich um eine eminent schweizerische Angelegenheit und diplomatisches Versteckspielen ist nicht gefragt. Ich erwarte breite Information und eine ebenso breite Diskussion in der Schweiz, damit uns ein Debakel à la UNO-Beitritt erspart bleibt. Ich erwarte, sehr geehrter Herr Bundespräsident, von Ihnen, den Bundesräten und unseren involvierten Vertretern in Brüssel, persönliche öffentliche Stellungnahmen zum Thema in allen Medien.

In Erwartung einer „heure de vérité“ grüsse ich Sie.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Verena Schönholzer Bürchler

AZB
8820 Wädenswil

DAZ

DAZ habe ich schon lange gesucht: die unabhängige, sozial und ökologisch engagierte Tageszeitung für das Millionen-Zürich. Im Kompakt-Format. Ich bestelle sofort!

START-ABO

Ich will's wissen und teste DAZ während 3 Monaten für 30 Franken.

SPONTAN-ABO

Ich bin überzeugt und abonniere DAZ bis Ende 92 für 100 Franken (und spare dabei 33.-).

GÖNNER-ABO

Ich liebe DAZ und gönne mir ihr langes Leben. Mein Jahres-Abo ist mir 300 Franken wert.

VIP-ABO

Ich habe zuviel Geld und spendiere DAZ einen Tausender oder mehr.

MEINE ADRESSE:

Vorname

Name

Strasse

Ort

**EINSENDEN AN: DAZ,
POSTFACH, 8021 ZÜRICH**